

Inhalt

- ✓ Editorial
- ✓ Gemeinsame Erklärung der Spitzenverbände der Krankenhausträger
- ✓ Süddeutscher Protesttag am 12. Juni
- ✓ Bayerischer Krankenhaus-Transformationsgipfel 2026
- ✓ BKG, KVB und BLÄK positionieren sich gemeinsam gegen das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz
- ✓ BKG-Kampagne für ein Bürokratie-Abbau-Gesetz
- ✓ BKG/VKD-Früh Sommertagung: Zukunftsforum für Personalmanagement im Krankenhaus
- ✓ 75 Jahre BKG: Jubiläumsaktion „Bayerische Klinikg'schichten“



GKV-Spargesetz erwischt Krankenhäuser mitten in der Umsetzung der Krankenhausreform kalt



Bundesgesundheitsministerin Warken rief im September 2025 die sog. Finanzkommission Gesundheit ins Leben, die vor ein paar Wochen ihre Vorschläge präsentiert hatte. Bereits wenige Tage später zauberte das Bundesgesundheitsministerium den Entwurf für das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz aus der Schublade. Der Bund verweigert entgegen der Kommission die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, insbesondere die Versicherung von Grundsicherungsempfängern. Umso mehr werden die Kliniken zur Kasse gebeten, obwohl sie bereits eine umfassende Strukturreform zu schultern haben.

Bereits heute schreiben zwei von drei bayerischen Krankenhäusern rote Zahlen – trotz eines befristeten Rechnungszuschlages. Dennoch sollen die Kliniken die Hauptlast der Einsparungen schultern. Das Defizit in Bayern würde sich auf unfassbare 1,4 Mrd. Euro im Jahr 2027 erhöhen. 12.000 Euro Erlös je Bett sollen bei gleicher Leistung gekürzt werden.

Unter der Prämisse der „einnahmenorientierten Ausgabenpolitik“ plant die Bundesregierung, die Tarifierhöhungen im Krankenhaus nur noch zu 50 % zu refinanzieren, es soll eine Meistbenachteiligung bei der Verhandlung des Landesbasisfallwertes greifen, die pflegeentlastenden Maßnahmen sollen gestrichen werden, das Pflegebudget soll auf dem Vorjahresniveau gedeckelt werden, die Psychiatrien sollen nicht besetzte, aber vereinbarte Personalstellen zurückzahlen, die Prüfungen des Medizinischen Dienstes sollen massiv ausgeweitet werden. Und zusätzlich sollen alle Erlöse pauschal in den nächsten drei Jahren jeweils um 1 % gekürzt werden, also ab 2029 kumulierte 3 %.

Für uns steht fest: Unter diesen Rahmenbedingungen wäre ein tragfähiger Klinikbetrieb nicht mehr möglich. Die Krankenhausreform, die Bayern sehr intensiv und mit dem Zielbild einer bedarfsnotwendigen Flächenabdeckung sowie Leistungskonzentration bei mengersensiblen Leistungsgruppen umsetzt, wäre durch einen kalten Strukturwandel in Frage gestellt. Wir haben in den letzten Wochen intensive politische Gespräche geführt, riefen zu einer Protestaktion auf und richteten gemeinsam mit den Spitzenverbänden der bayerischen Krankenhausträger einen Appell an Ministerpräsident Söder. Angesichts der Dringlichkeit der Lage hoffen wir, dass unsere Appelle fruchten und in den parlamentarischen Beratungen die nötigen Anpassungen erfolgen. Zum Redaktionsschluss zeichnet sich ab, dass an den Sparbeiträgen nur wenig Spielraum sichtbar ist. Aber den Kliniken soll mehr Gestaltungsfreiheit zurückgegeben werden. Damit würde eine zentrale Forderung von uns aufgegriffen werden. Aber es kommt auf die konkrete Ausgestaltung an, ob dies praktisch tragfähig sein wird.

Robert Eppinger

Terminübersicht

- ✓ vsl. 09.07: 2./3. Lesung BStabG im Bundestag
- ✓ 10.07.: 2. Durchgang BStabG im Bundesrat
- ✓ 13., 16. und 23.07.: BKG-Sommorgespräche
- ✓ 13. - 15.10.: BKG-/VKD-Tagung der bayerischen Krankenhausdirektor:innen
- ✓ 26. - 28.10.: BKG-/VKD-Seminar für leitende Krankenhausbeschäftigte im Technik-, Küchen- und Wirtschaftsbereich
- ✓ im Dezember: BKG-Mitgliederversammlung



Gemeinsame Erklärung der Spitzenverbände der Krankenhausträger in Bayern

Mit einer eindrücklichen Erklärung zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz wandten sich die Spitzenverbände der Krankenhausträger in Bayern Mitte Mai 2026 an Ministerpräsident Söder.

In der Erklärung machen wir gemeinsam mit den Spitzenverbänden deutlich: Die Ausgabenentwicklung bei den Krankenhäusern kann nur begrenzt werden, wenn die Kliniken von Vorgaben befreit werden.

Erklärung der Spitzenverbände der Krankenhausträger in Bayern zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz

München, im Mai 2026

Die Krankenhausträger in Bayern lehnen diesen Gesetzentwurf als pauschale Sparliste mit massiven Einschnitten für die Kliniken ab. Ein tragfähiger Klinikbetrieb wäre nicht mehr möglich.

Die Kostenstrukturen in Kliniken sind durch Gesetze und Bundesvorschriften stark reguliert. Wir fordern einen Kurswechsel, um bei begrenzten Mitteln die Versorgungs- und Sicherstellungsaufträge mit reduzierten Vorgaben gewährleisten zu können.

Die gemeinsame Erklärung können Sie hier als Anlage einsehen und herunterladen: <https://www.bkg-online.de/aktuelles/am-puls>

Süddeutscher Protesttag gegen das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz am 12. Juni 2026

In zahlreichen bayerischen Krankenhäusern hieß es am 12. Juni 2026 anlässlich der 1. Lesung des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes in Bundestag und Bundesrat „Heute geschlossen“.



Als Protest gegen den Gesetzentwurf schloss etwa jedes zweite Krankenhaus in Bayern symbolisch für zwei Stunden seinen Haupteingang.



(Hier exemplarisch einige versperrte Haupteingänge von Kliniken: von links nach rechts: Kreisklinik Würth, Arbeiterlandklinik Viechtach, KSOB-Klinikum Traunstein, Josephinum München, unten: St. Anna Sulzbach-Rosenberg)





Auch die BKG-Geschäftsstelle war am 12. Juni symbolisch verschlossen und einige BKG-Kolleg:innen blieben protestierend davor stehen.



Nicht nur in Bayern, sondern auch in Baden-Württemberg hatte die dortige Landeskrankenhausesellschaft zum Süddeutschen Protesttag aufgerufen. Kurzfristig haben sich auch Kliniken aus dem Saarland und sogar aus Nordrhein-Westfalen angeschlossen.

Die Aktion unter dem Motto „Kein Geld. Keine Versorgung – Wir sind für Sie da, solange wir noch können“ stieß auf starke mediale Aufmerksamkeit lokal und überregional.

Gemeinsam machten die Krankenhäuser der Politik deutlich:

Mit dem geplanten GKV-Spargesetz wäre ein tragfähiger Klinikbetrieb nicht mehr möglich. Fehlende Finanzmittel zur GKV-Versicherung von Grundsicherungsempfänger dürfen nicht zu Lasten der Kliniken gehen. Wenn Sparmaßnahmen in den Kliniken unvermeidlich sind, dann ist dies nur soweit möglich, wie regulatorische Vorgaben und Sanktionen reduziert werden.

Wir danken allen herzlich, die sich am Protesttag beteiligt haben!

Hier einige ausgewählte Medienberichte:

- www.augsburger-allegemeine.de/bayern/auch-in-augsburg-bayerische-krankenhaeuser-planen-symbolische-schliessung-was-das-fuer-patienten-bedeutet-gvk-12-06-114411176
- www.kreisbote.de/lokales/kaufbeuren/kaufbeuren-klinik-protest-gegen-reform-haupteingang-dicht-94346827.html

(Fotos: BKG)



Bayerischer Krankenhaus-Transformationsgipfel 2026 von BKG und ver.di Bayern

Am 15. Juni luden BKG und ver.di Bayern bereits zum zweiten Mal nach 2024 zum Krankenhausgipfel ein. 200 Krankenhaus-Geschäftsführungen, Beschäftigte aus den Kliniken, Vertreter aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie der Selbstverwaltung und zahlreiche weitere gesundheitspolitische Stakeholder waren der Einladung in das Kleine Theater in Haar gefolgt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die unter Schirmherrschaft von Staatsministerin Judith Gerlach stattfand, stand die aktuelle Lage der Krankenhausversorgung in Bayern und die sich verändernden Rahmenbedingungen. In den Diskussionen kam die Sorge zum Ausdruck, dass das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz die Handlungsfähigkeit der Krankenhäuser erheblich einschränkt und notwendige Transformationsprozesse der Krankenhauslandschaft gefährdet. Die Teilnehmer:innen des Gipfels zeigten dafür der Bundespolitik symbolisch die Rote Karte.

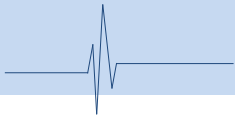


Bayern
Bayerischer Krankenhausgipfel: "Rote Karte" für Sparpläne
 Stand: 16.06.2026 • 11:53 Uhr
 Ob Gewerkschafter oder Krankenhausvertreter: Die Sparpläne aus dem Gesundheitsministerium verärgern die Tarifpartner. Auf einem gemeinsamen Krankenhausgipfel urteilten sie deshalb, so sei die geplante Krankenhausreform zum Scheitern verurteilt.

U.a. die ARD-Tagesschau berichtete abends über den Krankenhaus-Transformationsgipfel: <https://www.tagesschau.de/inland/regional/bayern/br-bayerischer-krankenhausgipfel-rote-karte-fuer-sparplaene-102.html>



(Foto: BKG)



In den Panels lag ein besonderes Augenmerk auf den Auswirkungen der politischen Rahmenbedingungen auf die regionale Versorgung und auf die Beschäftigten in den Krankenhäusern. In der Vorwoche hatten BKG und ver.di unabhängig voneinander zu Protestaktionen gegen das GKV-Spargesetz aufgerufen, denen zahlreiche Kliniken und Beschäftigte folgten.



Roland Engehausen: „Wenn die Politik so massiv kürzt, ohne den Kliniken und Mitarbeitenden bessere Gestaltungsmöglichkeiten zu geben, dann steuert sie sehenden Auges auf Versorgungslücken und Ängste um die Arbeitsplätze zu. So kann man eine Krankenhausreform nicht zum Erfolg führen.“

Die bisher geplante und engagiert angegangene Umsetzung der Krankenhausreform in Bayern mit ihrem Fokus auf Versorgungssicherheit und sinnvoller Leistungskonzentration bei komplexen Leistungen droht nun vom scharfen Sparkurs des Bundes überrollt zu werden.

Für ver.di Bayern steht die Sorge im Mittelpunkt, dass der Spardruck auf dem Rücken der Belegschaften landet – gefährdete Tariflöhne, schlechtere Arbeitsbedingungen und Stellenabbau



Aus Sicht von ver.di ist das nicht nur ungerecht, sondern auch gefährlich. Dr. Robert Hinke, Leiter des Fachbereichs Gesundheit bei ver.di Bayern: „Die Kolleg:innen in den Krankenhäusern arbeiten seit Jahren am Limit. Es wäre ein schwerer Schlag, wenn ausgerechnet sie jetzt die Rechnung für diesen politischen Sparkurs bezahlen sollen – mit mehr Druck, mehr Unsicherheit und weniger Schutz für gute Löhne und sichere Arbeitsplätze.“

Aus Sicht der BKG ist mit diesem Gesetz ein wirtschaftlich tragfähiger Krankenhausbetrieb nicht mehr möglich, was Versorgungseinschnitte und Insolvenzen bedeutet. Die Krankenhäuser brauchen bei Sparvorgaben den nötigen Spielraum, um einen Kahlschlag zu vermeiden.



Das können auch Potenziale für Personalanpassungen sein – aber geordnet, durch Abbau von Bürokratie und für die Versorgung nicht notwendiger Vorgaben in den Kliniken. Aus Sicht der BKG ist es besonders problematisch, dass der Bund mit seinem Spardruck nun Konflikte in die Kliniken trägt – zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen, zwischen wirtschaftlichem Druck und tariflichen Erwartungen, zwischen zukunftsfähigen Krankenhausstrukturen und akuter Insolvenzgefahr – obwohl jetzt mitten in der Krankenhausreform Verlässlichkeit und gute Zusammenarbeit nötig wäre.



Der Transformationsgipfel machte deutlich: Dieses Spardiktat ist in den Kliniken nicht umsetzbar.

Ver.di kämpft für die Belegschaften, deren Arbeitsbedingungen, den Schutz von Löhnen und Arbeitsplätzen. Die BKG kämpft für das Überleben der Kliniken und gegen Versorgungseinschnitte und Insolvenzen.



Gemeinsam sagen beide Veranstalter: Die Politik muss umsteuern, sonst gibt es nur Verlierer.

Aus ihren unterschiedlichen Perspektiven forderten ver.di Bayern und BKG gemeinsam:

- Der Bund muss nachbessern.
- Die Länder dürfen dieses Gesetz nicht einfach abnicken.

Sparen muss machbar sein und darf nicht zum Kahlschlag führen

(Fotos: BKG)



Gemeinsame Pressemitteilung von BKG, BLÄK und KVB zum GKV-Beitragssatz- stabilisierungsgesetz

ERSCHIENEN AM 11.05.2026

**Beitragssatzstabilität darf nicht einseitig
zulasten der Versorgung erreicht werden**

[← zurück](#)



Gemeinsame Pressemitteilung von BKG, BLÄK und KVB

Die für die Versorgung von Patientinnen und Patienten im Freistaat Bayern verantwortlichen Ärztinnen und Ärzte geraten in Anbetracht der politischen Leitplanken zunehmend an die Grenzen ihrer personellen, finanziellen und organisatorischen Leistungsfähigkeit.

Angesichts der angespannten Lage im Gesundheitswesen machen Vertreter der Krankenhäuser und der Ärzteschaft deutlich: Spielräume für pauschale Einsparungen existieren nicht.

„Wir, die Akteure des Gesundheitswesens in Bayern, stehen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist eine funktionierende gesundheitliche Versorgung von zentraler Bedeutung. Diesem Anspruch wollen wir auch weiterhin gerecht werden,“ betonen Bayerische Krankenhausgesellschaft, Bayerische Landesärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung Bayerns in einer gemeinsamen Erklärung.

Mit großer Sorge blicken die drei Institutionen deswegen auf das geplante GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz.

Die Pressemitteilung kann hier gelesen
und heruntergeladen werden:

<https://www.bkg-online.de/aktuelles/news/detail/beitragssatzstabilitaet-darf-nicht-einseitig-zu-lasten-der-versorgung-erreicht-werden>

Die geplanten Kürzungen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes betreffen alle Bereiche des Gesundheitswesens. In einer gemeinsamen Pressemitteilung machten BKG, BLÄK und KVB deutlich: Beitragssatzstabilität darf nicht zulasten der Versorgung erreicht werden. Spielräume für pauschale Einsparungen existieren nicht.

„Wir, die Akteure des Gesundheitswesens in Bayern, stehen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für die Bürger:innen ist eine funktionierende gesundheitliche Versorgung von zentraler Bedeutung. Diesem Anspruch wollen wir auch weiterhin gerecht werden,“ betonen Bayerische Krankenhausgesellschaft, Bayerische Landesärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung Bayerns in einer gemeinsamen Erklärung.

Mit großer Sorge blicken die drei Institutionen deswegen auf das geplante GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz.

Die Repräsentanten der BKG, der BLÄK und der KVB stellen klar:

„Anders als in anderen Branchen können Ärzte und Krankenhäuser sich nicht auf neue, möglicherweise lukrativere Geschäftsfelder verlegen. Anders als beispielsweise bei der Pharmaindustrie existieren in der ambulanten und stationären Versorgung keine Spielräume für Gewinnabschöpfungen.“

„Sollte das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz in der derzeit bekannten Form umgesetzt werden, werden Krankenhäuser und Arztpraxen gezwungen sein, sich noch stärker auf ihre unmittelbaren Kernaufgaben zu konzentrieren“, heißt es von Seiten der BKG, BLÄK und KVB.

Politische Wünsche oder Patientenbedürfnisse, die über das zwingende Notwendige hinausgehen, ließen sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht umsetzen.

Bereits heute stoßen viele Kliniken und Praxen an ihre Belastungsgrenzen. Steigende Kosten, gedeckelte Vergütungen und wachsende gesetzliche Anforderungen mit immer mehr Bürokratie führen dazu, dass zusätzliche Aufgaben zunehmend nicht mehr erfüllt werden können.

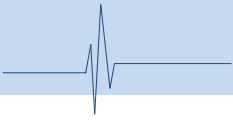
Neue strukturpolitische Vorhaben, wie etwa die geplante Notfallreform und das geplante ärztliche Primärversorgungssystem, drohen dadurch in der Praxis ins Leere zu laufen.

„Weitere gesetzliche Anforderungen können unter diesen Umständen nur noch sehr eingeschränkt oder gar nicht mehr umgesetzt werden“, warnen die drei Institutionen. Und weiter: „Reformen brauchen stabile Rahmenbedingungen. Doch statt für Sicherheit sorgt die Gesundheitspolitik in Berlin für weitere Unsicherheiten.“

Die Leistungserbringer, Ärzt:innen im ambulanten wie auch im stationären Bereich, in Bayern appellieren daher eindringlich an die Politik: Beitragssatzstabilität dürfe nicht einseitig zulasten der Beschäftigten in Arztpraxen und Kliniken erreicht werden.

Notwendig sei deswegen auch der Ausgleich versicherungsfremder Leistungen durch den Staat, nicht einseitig zu Lasten der Beitragszahler.

Klar ist: Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen benötigt verlässliche Rahmenbedingungen, auskömmliche Finanzierung und realistische Anforderungen. Andernfalls wird die Sicherstellung der Versorgung – auch in Bayern – zum Risiko.



BKG-Kampagne für ein Bürokratie-Abbau-Gesetz

BKG-ONLINE-KAMPAGNE FÜR EIN BÜROKRATIE-ABBAU-GESETZ

„entlastet arbeiten – besser versorgt werden“

Begrenzung der Krankenhausvergütung, Kürzung von Leistungen, Abbau von zusätzlichen wichtigen Vergütungen – für Reformen in Kliniken hinsichtlich des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes hat das Bundesgesundheitsministerium viele Vorschläge. Bürokratieabbau gehört allerdings nicht dazu. Dabei könnte schon eine anteilige Senkung des bürokratischen Mehraufwandes bereits einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Arbeit im Alltag vieler Beschäftigten in Krankenhäusern leisten.

„entlastet arbeiten – besser versorgt werden“

Es braucht JETZT ein Bürokratie-Abbau-Gesetz!!

Die Kampagnen-Seite finden Sie hier:

<https://www.bkg-online.de/aktuelles/bkg-kampagne-fuer-ein-buerokratieabbau-gesetz>

Hier zwei aktuelle Beispiele:

Klinikum Nürnberg

Der ärztliche Leiter des Leberkrebszentrums, Univ.-Prof. Dr. Alexander Dechêne, spricht Klartext

„Was mir schwer im Magen liegt ist die immer komplexer werdende Abrechnung ambulanter Leistungen ...“



Rhön-Klinikum Campus Bad Neustadt

Stationsleitung Stroke Unit Pflegefachkraft Matthias Ross spricht Klartext

„... mit vielen Häkchen müssen wir täglich beweisen, dass wir arbeiten ...“



BKG und die Landesgruppe Bayern des Verbands des Klinikmanagements Deutschlands

BKG/VKD-Frühsummertagung: Zukunftsforum für Personalmanagement im Krankenhaus



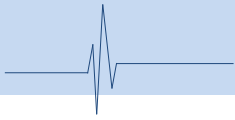
(Foto: BKG)

In einem neuen Format fand die diesjährige BKG/VKD-Frühsummertagung als Zukunftsforum für Personalmanagement im Krankenhaus am 10./11.06.2026 in Ingolstadt statt:

Knapp 50 Führungskräfte aus dem Personalwesen, strategischer Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung, Personalcontrolling und Klinikleitungen tauschten sich intensiv in der Frühsummertagung BKG und der Landesgruppe Bayern des Verbands des Klinikmanagements Deutschlands e. V. (VKD) zu diesen Themen aus:

- Aktuelles zum Personalmanagement aus BKG-Verbandssicht
- Resilienz und Personaleinsatz im Katastrophenfall
- Entscheidungen treffen in unsicheren Zeiten
- Praxis trifft Praxis: Personal-Recruiting am Beispiel der RoMed Kliniken Rosenheim
- Auswirkungen der Leistungsgruppen-(Qualitäts-) Prüfungen auf Personalverantwortliche
- Zusammenarbeit von Öffentlichkeitsarbeit und Personalabteilung - Unterschiedliche Ansätze – gemeinsames Ziel? ... und ein Beispiel von den Arberland-Kliniken

Das gemeinsame Abendessen und die Zeit danach bot reichlich Möglichkeiten zum Austausch und Kennenlernen. Wir danken den Teilnehmenden für das hervorragende und konstruktive Feedback. Eine Wiederholung ist für 2027 bereits angedacht.



75 Jahre BKG: Jubiläumsaktion „Medizin und Menschlichkeit“ – Bayerische Klinikg'schichten



LMU Klinikum

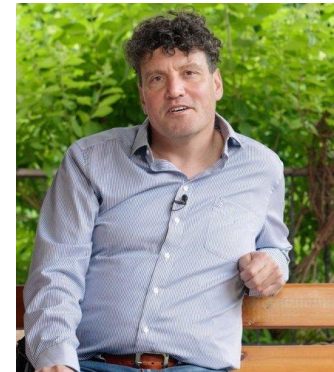
Ein Leben auf der Warteliste

<https://www.bayerische-krankenhaus-geschichten.de/81377-lmu-klinikum>

In der letzten Ausgabe von „am Puls“ hatten wir u.a. über die Jubiläumsaktion „Medizin und Menschlichkeit“ – Bayerische Klinikg'schichten anlässlich unserer 75 Jahr-Feier berichtet. Mit der Aktion werden Geschichten aus dem Alltag der bayerischen Krankenhäuser erzählt – aus Sicht der Mitarbeitenden, aber auch aus Sicht der Patient:innen. Es werden Geschichten erzählt, die inspirieren, prägen und berühren. Heute möchten wir eine zweite beeindruckende Geschichte verweisen, die stellvertretend für die vielen Erlebnisse und persönlichen Geschichten der Patient:innen und Beschäftigten steht.

Heute lassen wir Thomas Krauß zu Wort kommen, der seit sechs Jahren mit einem Kunstherz lebt ...

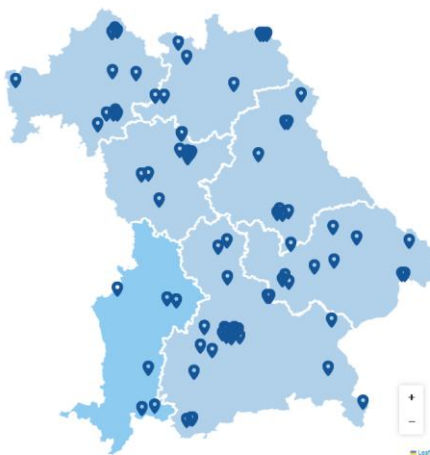
8.178 Menschen standen Anfang 2025 auf der deutschlandweiten Transplantationsliste für ein Spenderorgan. Einer von ihnen ist Herztransplantations-Patient Thomas Krauß aus Kammlach in der Nähe von Mindelheim. Der heute 48-jährige Vater von zwei Kindern lebt seit 2018 Jahren mit einem Kunstherzen, das ihm am LMU Klinikum in Großhadern eingesetzt wurde.



Damals wäre der Allgäuer fast gestorben – das Kunstherz hat ihm das Leben gerettet. Damit konnte Thomas Krauß vor zwei Jahren sogar beim Organspendenlauf über fünf Kilometer im Englischen Garten in München mitlaufen. Seine vergleichsweise gute Fitness ist zugleich ein Problem. „Für einen High-urgent Platz auf der Warteliste geht es mir zu gut“, sagt Thomas Krauß. Denn bislang kann er mit seinem Kunstherz ein weitgehend normales Leben führen.

Das Kunstherz hält Thomas Krauß am Leben, weil sein eigenes nach einer verschleppten Bronchitis und einer Herzmuskelentzündung nicht mehr die Kraft dafür hat. Das erzählt er auch bei Besuchen in Schulen, in denen er aufklärt über das Thema Organspende. Krauß war 36 Jahre, als die Leistung des eigenen Herzens immer schlechter wurde. Die Folgen: Erstickungsanfälle, Herz-Rhythmus-Störungen, Herzkammerflimmern und plötzliches Organversagen. „2018 war mir dann klar: so geht es nicht weiter. Ich brauche ein neues Herz.“ Bei seinen Vorträgen erklärt er auch, wie das Kunstherz funktioniert. „In einer Tasche, die ich immer bei mir trage, sind das Steuerungsgerät und die Akkus untergebracht. Von dort führt ein Kabel zur Pumpe im Körper, die mich am Leben hält“, beschreibt er den oft staunenden Schüler:innen das System. Beim Jahresempfang des LMU Klinikums in der großen Aula der LMU in München erzählt er im März 2025 den rund 700 Gästen von seiner Aufklärungskampagne „Leben 2.0 on Tour“ an Schulen und seiner Unterstützung für die „Herzkinder“ am LMU Klinikum Großhadern. Denn auch das ist ihm noch ein Anliegen, herzkranken Kindern Mut zu machen mit Besuchen, Süßigkeiten und kleinen Festen.

Seit über sechs Jahren wartet der „Mutmacher“ nun auf ein Spenderherz und hofft immer noch, dass er irgendwann eines bekommt: „Es wäre schön, nicht nochmal fast dreimal sterben zu müssen, bis das Organ kommt“, sagte er.



Weitere Geschichten finden Sie unter
www.bayerische-krankenhausgeschichten.de

Impressum

Herausgeber:

Bayerische Krankenhausgesellschaft e. V.
Vorsitzende Landrätin Tamara Bischof, Geschäftsführer Roland Engehausen

Redaktion:

Roland Engehausen, Geschäftsführer (r.engehausen@bkg-online.de) (erreichbar für Rückfragen)
Christina Leinhos, stv. Geschäftsführerin, Geschäftsbereich Politik, Kommunikation und Digitalisierung
Eduard Fuchshuber, Geschäftsbereich Politik, Kommunikation und Digitalisierung, Pressesprecher

Anschrift:

Radlsteg 1, 80331 München, T: 089 290830-0, mail@bkg-online.de
www.bkg-online.de, www.linkedin.com/company/krankenhausgesellschaft

